

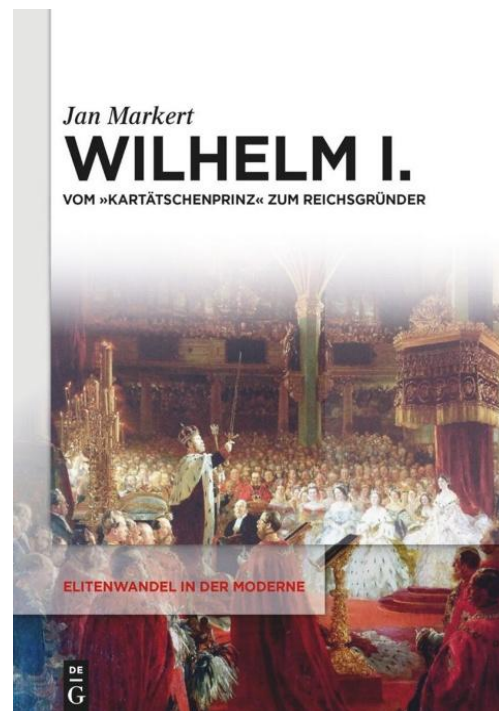


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Jan Markert: Wilhelm I. Vom „Kartätschenprinz“ zum Reichsgründer.

Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2025, 768 S., ISBN 978-3-11-132358-9

Jan Markert lässt an keiner Stelle Zweifel daran, was er mit seinem Buch zu Wilhelm I. erreichen will: eine Revision der preußischen und deutschen Geschichte sowie endlich historische Gerechtigkeit für seinen Protagonisten. Denn der erste Hohenzollernkaiser habe bislang zu Unrecht in Bismarcks Schatten gestanden, was auf ein bis heute existierendes „chronische[s] Bismarckproblem“ der Forschung zurückzuführen sei. Letztere diskreditiert Markert als „moderne, vermeintlich kritische Geschichtswissenschaft“, die nicht nur unter einem „Bismarckzentrismus“, sondern sogar einer „Bismarckgläubigkeit“ leide, der auch „unterkomplexe Narrative“ und Bezeichnungen wie die „Ära Bismarck“ oder das „Bismarckreich“ zu verdanken seien (S. 3 f.). Bisherige Darstellungen zum Leben Wilhelms entsprächen „nicht einmal wissenschaftlichen Standards“, da es an systematischer und gewissenhafter archivalischer Quellenarbeit besonders mit Wilhelms Nachlass fehle, die Markert in einer kaum mehr als sieben Seiten langen Einleitung hingegen für sein Buch ankündigt (S. 4 f., 8 f.).



Im Blick hat Markert vor allem Wilhelms Privatkorrespondenz. Imposante 9310 Briefe Wilhelms habe er ausgewertet, von denen 6930 unpubliziert oder von der Forschung nur sinnverändernd wiedergegeben worden seien – Beispiele für Letzteres fehlen. Umso überraschender ist es, dass Markert dennoch hauptsächlich auf bereits publizierte Briefe Wilhelms zurückgreift. In den Fußnoten angeführt sind nämlich 706 edierte Briefe, 463 von Archivaren und Historikern erstellte händische Abschriften und lediglich zwölf Originalbriefe, die der Forschung allerdings bislang auch nicht durchweg unbekannt waren. Das besondere Interesse des Rezensenten am Briefwechsel zwischen Wilhelm und August von der Heydt führte außerdem zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Akte im Quellenverzeichnis zwar aufgeführt, aber nicht verwendet wurde. Die anschließende Probe ergab, dass dies sogar auf jede siebte Akte zutrifft.

Markert begleitet Wilhelm zwar nicht von der Wiege bis zur Bahre, aber dafür doch immerhin über siebzig Jahre. Der überwiegende Teil des Buches ist darauf angelegt, Wilhelm gegen die längst dekonstruierte Legende von Bismarck als übergroßem „Reichsgründer“ in Stellung zu bringen: Nicht Bis-

marck, sondern Wilhelm setzte Deutschland in den Sattel, lautet die zentrale Botschaft Markerts. Wilhelm habe angetrieben von einer Revolutionsparanoia und der Angst um Leib und Leben in der Märzrevolution 1848 eine „kohärente, konsistente und persistente Agenda“ (S. 227), „ja ein konzeptuelles Mehrebenenprojekt“ (S. 715) entworfen, um sich den weitverbreiteten Forderungen nach Konstitutionalisierung monarchischer Herrschaft und deutscher Einheit zum Zwecke der hohenzollernschen Herrschaftssicherung und der Revolutionsprophylaxe zu bemächtigen. Mit der Übernahme der Regentschaft für seinen erkrankten Bruder konnte Wilhelm 1858 dann endlich ans Werk gehen und damit beginnen, seine Agenda in die Tat umzusetzen – mit einem „persönlichen Regiment“ (S. 397), genau wie es auch schon der von Markert übergangene Karl Heinz Börner 1984 in seiner Wilhelm-Biografie betonte,¹ und ab 1862 mit Bismarck als lediglich willfähriges, ausführendes Werkzeug des königlichen Willens. Die für politische Akteure typischen komplexen Interaktionen, darunter das Überzeugen, Verhandeln, Beeinflussen und Manipulieren, bleiben bei Markert unterbelichtet zugunsten des Primats seines Protagonisten als zentraler und alleiniger Entscheidungsfaktor. Hierbei ist die Binsenweisheit von der strukturellen Abhängigkeit des Ministerpräsidenten von der Gunst des Königs eins der wiederkehrenden Argumente Markerts, um das Verhältnis zwischen Bismarck und „seinem Souverän“, wie Markert meist betont, auf das von Herrscher und Untertan zu reduzieren (u.a. S. 527 f., 651, 668, 694, 697, 703 f., 719). Größtenteils uninspiriert ist die Darstellung von liberal-bürgerlicher Nationalbewegung und Parlamentsmehrheit im Verfassungskonflikt: Ihre Akteure sind reine Stichwortgeber, um Wilhelm in Szene zu setzen, Einzeläußerungen werden als Kollektivpositionen betrachtet und die liberale Oppositionspolitik durchweg als Eskalationspolitik interpretiert (S. 468, 496, 512, 531, 540, 689 f.). Aber so ist zumindest nachvollziehbar, wenn Markert die Reichsgründung „weniger als Folge einer vermeintlich von bürgerlich-liberalen Interessen oder gar ökonomischen Zwängen vorangetriebenen Entwicklung charakterisiert“, sondern „mehr als monarchiehistorische[n] Prozess“ – initiiert und maßgeblich durchgeführt von seinem Protagonisten (S. 721).

Insgesamt zeichnet Markert ein Bild von „Wilhelm dem Großen“, der nicht nur König und Militär, sondern zugleich auch Strippenzieher, gewiefter Politiker und Staatsmann war, der sich nicht beeinflussen, reinreden oder gar hereinlegen ließ, der planvoll und umsichtig durch innen- und außenpolitisch stürmische Gewässer navigierte, nicht zu unüberlegten Manövern neigte und strategische Missgeschicke, wo er sie sich leistete, früher oder später selbst zu korrigieren wusste. Dazu passt auch Markerts Übernahme von „Allerhöchster“ aus der Quellsprache (u.a. S. 397, 453, 460, 466, 472, 490, 498, 500). Mit diesem posthumen Bild wäre wohl zweifelsohne auch Wilhelm zufrieden gewesen, wie man seinen vielen repetitiven und von sich eingenommenen Äußerungen entnehmen kann, denen Markert allein in mehr als 150 überlangen, zwischen acht und 18 Zeilen umfassenden Zitaten mehr als hinreichenden Platz einräumt (u.a. S. 74, 191, 211, 262, 292, 492, 520, 569, 601, 637, 683, 686, 711).

Den „überschießenden Revisionismus“, mit dem Markert seinem Anliegen einer „Totalrevision“ (S. 719) einen Bärendienst erweist, hat Eckart Conze bereits benannt.² Nicht weniger schadet sich Markert allerdings mit seiner Methode, die an dem Zustandekommen seiner Ergebnisse zweifeln lässt: Denn Quellen, die in der Forschung längst bekannt und mitunter verschiedentlich ausgelegt wurden, präsentiert er als Neuentdeckung, die nur seine Deutung zulassen würde. Immer wieder entsteht so der Eindruck, er hätte vieles erstmalig und aus den Quellen erarbeitet, nicht nur aufgrund seiner Formulierungen, sondern auch wegen der fehlenden oder nur sporadischen Bezüge zur Forschungsliteratur sowie deren verzerrter Wiedergabe. Besonders auffällig wird das dort, wo er mit seiner Deutung Wilhelms auf die etablierte (Bismarck-)Forschung trifft, wie sich an der Septemberkrise 1862 beispielhaft zeigen lässt. Dort attestiert er pauschal einer ganzen Schar an Historikern lediglich „unkritisch“

¹ Karl Heinz Börner: Kaiser Wilhelm I. 1797–1888. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie. Köln 1984.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 62, 14.3.2025, S. 12.

aus Bismarcks Memoiren „abgeschrieben“ zu haben und bis heute ein Narrativ zu verbreiten, laut dem Bismarck als „messianischer Retter inmitten einer aussichtslosen Situation“ dem König die Krone „gerettet“ und dafür „politische Narrenfreiheit“ erhalten habe (S. 507, 518). Mit der axiomatischen Behauptung einer handwerklichen Fehlleistung seiner Vorgänger entzieht sich Markert daraufhin weitgehend der Auseinandersetzung mit deren Argumenten. Natürlich hat Lothar Gall – um einen der getadelten Historiker herauszugreifen – eine historisch-kritische, präzise prüfende und sorgsam abwägende Analyse der Darstellung Bismarcks vorgenommen. Gänzlich unzutreffend sind auch die Behauptungen Markerts, Gall habe auch nur sinngemäß von „Narrenfreiheit“ oder der profanen Unterordnung Wilhelms unter Bismarck gesprochen.³ Geradezu befremdlich ist, dass Gall nicht nur falsch wiedergegeben, sondern auch seine Forschungsleistung nicht gewürdigt wird: Er hat in seiner Bismarck-Biografie viel Wert darauf gelegt, nachzuzeichnen, wie sehr Bismarck die intransigente Haltung des Königs sowie die Widerstände und Einschränkungen im Umgang mit ihm zunächst unterschätzte und sich nach seiner Berufung immer wieder darum bemühte, Wilhelms Gunst nicht zu verlieren. Markert eignet sich das unter anderem für ein ganzes Kapitel an (S. 524–541), um Wilhelms Autonomie zu unterstreichen, ohne hierfür auf Gall zu verweisen. Da sich Markert weniger mit der Forschung, sondern mehr mit Bismarcks Memoiren auseinandersetzt, hat er dafür leichtes Spiel deren Schwächen aufzuzeigen, so dass er unter anderem auch die vor 97 Jahren von Egmont Zechlin⁴ bereits widerlegte „periculum-in-mora“-Legende, die sich freilich viel zu lange gehalten hat, zielsicher entkräftet (S. 517). Gleichwohl übernimmt Markert hierbei hinsichtlich Quellenauswahl, -anordnung und -interpretation mehr vom beneidenswert scharfsinnigen Kurt Promnitz, als er kenntlich macht (S. 518 f.).⁵

Nicht weniger verwunderlich ist, dass Markert den Auftakt zu seiner (vermeintlichen) Neuinterpretation der Septemberkrise 1862 mit der wohlbekannten Geschichte bestreitet, wie Bismarck schon im Frühsommer 1862 vom König erwogen wurde – ganz so, als sei sie neu und nicht bereits seit fast 100 Jahren von der kurz zuvor von ihm getadelten Forschung wiederholt und auf derselben Quellengrundlage behandelt worden, was unerwähnt bleibt (S. 507–509). Ebenfalls keine Erwähnung findet, dass vieles, das Markert darauffolgend zur vermeintlichen Berichtigung der „unkritischen“ Historiker anführt, von diesen bereits herausgearbeitet wurde, insbesondere auch, dass Bismarck Wilhelm sagte, was er hören wollte, um berufen zu werden (S. 520 f.).⁶ Nur aufgrund eigener Kenntnisse kann man erkennen, dass Markerts Ausführungen zum Handeln Wilhelms im September 1862 und seiner vermeintlich nur gespielten Abdankungsbereitschaft im Wesentlichen auf Wilhelm Treue aufbauen, dessen Aufsatz man lediglich in einer entfernten Sammelfußnote findet und den man Markerts vorherigen Inhalten eigenständig zuordnen muss (S. 518).⁷ Gänzlich unberücksichtigt ist, dass seit jeher und besonders in der älteren Forschung mit feingliedrigen Argumenten zum Abdikations(un)willen Wilhelms miteinander gerungen wurde. Die von Wilhelm eigenhändig verfasste Abdankungsurkunde wird sogar nur in zwei Sätzen gestreift und ihr wird sonst keinerlei Bedeutung beigemessen (S. 520). Die sich häufenden Aussagen Wilhelms zu seiner bedingten Abdikationsbereitschaft werden lediglich fortwährend als meisterhafte Winkelzüge interpretiert (S. 514 f., 516 f., 519 f.) oder gleich ausgespart, etwa in einem Brief von Alexander von Schleinitz an Augusta (S. 517). Markert will in seiner Darstellung nicht

³ Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main 1980, S. 244–247.

⁴ Egmont Zechlin: Rezension von: Bismarck, Die Gesammelten Werke. Politische Schriften. Bd. 3, bearbeitet von Herman von Petersdorff. Berlin 1925. In: Historische Zeitschrift 138/2 (1928), S. 383–388, S. 387 f.

⁵ Vgl. Kurt Promnitz: Bismarcks Eintritt in das Ministerium. Berlin 1908, S. 225–235.

⁶ Vgl. bspw. Erich Eyck: Bismarck. Bd. 1. Erlenbach-Zürich 1941, S. 416; Otto Pflanze: Bismarck. Bd. 1. Der Reichsgründer. München 1997, S. 181.

⁷ Vgl. Wilhelm Treue: Wollte König Wilhelm I. zurücktreten? In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 51 (1939), S. 275–310.

den leisesten Zweifel an Wilhelms vollständiger Kontrolle in der Septemberkrise 1862 aufkommen lassen.

Unbedarften Leserinnen und Lesern präsentiert Markert die bekannte Marginalnotiz zu dem Immediatbericht des Staatsministeriums vom 21. September 1862, in der Wilhelm nach dem Gespräch mit Bismarck in Babelsberg Abstand von seiner Abdikationsankündigung nahm, als „eine Marginalnotiz auf ein Ministerschreiben“ anhand des seit 96 Jahren bekannten, hier nur in der Schreibweise abweichenden archivalischen Originals. Dasselbe macht Markert mit dem seit 95 Jahren bekannten Brief Wilhelms an Augusta vom 23. September 1862 – er gibt keinerlei Hinweise auf den wiederholten Abdruck und die Berücksichtigung beider Quellen durch die Forschung für das Verhältnis zwischen Wilhelm und Bismarck (S. 519 f.). Inwiefern Markerts Quelleninterpretation nun gegenüber denen anderer Historiker abweicht und zutreffend(er) ist, wird nicht erläutert. Anscheinend soll das Vorbringen von vermeintlich unbekannten und unbeachteten Quellen aus der Feder Wilhelms genügen, um einer „bismarckgläubigen“ Geschichtswissenschaft die Augen zu öffnen. In diese Kategorie fällt auch ein mit Bleistift geschriebener, undatierter und nur mit Stichpunkten versehener Zettel Wilhelms, den Markert kurzerhand zum „Regierungsprogramm“ erklärt, mit dem sich Bismarck ein „programmatisches Zwangskorsett“ angelegt haben soll (S. 520, 523) – eine These, die zurückhaltender bereits Andreas Kaernbach 1991 auf Grundlage derselben, von ihm entdeckten Quelle formuliert hat, dessen Forschungsleistung für Markert ein zentrales Argument darstellt und die er mit einem zaghaften Vergleichsverweis honoriert.⁸ Für die Interpretation relevante Besonderheiten der Quelle, etwa Materialität, Form und Überlieferung, erörtert Markert nicht. Ein Vergleich mit programmatischen Festlegungen früherer Ministerpräsidenten oder Regierungen findet nicht statt. Ob Bismarck oder Wilhelm bei Differenzen je auf dieses angebliche „Regierungsprogramm“ rekurrierten, wird nicht behandelt, sondern stattdessen werden nur vage Äußerungen von Dritten angeführt (S. 520 f.). Schade ist, dass Markert aus dem seiner Ansicht nach so wichtigen „Regierungsprogramm“ ausgerechnet den Stichpunkt „keine Juden als Richter“⁹ auslässt und an keiner Stelle im Buch problematisiert, insbesondere dann, wenn es mit den schon erwähnten dicht aufeinanderfolgenden, überlangen Zitaten in diesem Kapitel reichlich Kürzungspotenzial gegeben hätte (u.a. S. 510, 511, 513, 514, 515).

Geradezu tückisch für Nicht-Spezialisten sind Argumente, die sich plausibel lesen, sich aber bei genauerer Quellenkenntnis als substanzlos erweisen: Beispielsweise will Markert die königliche Regierungs- und Entscheidungshoheit damit belegen, dass Wilhelm Bismarck im Kronrat am 5. Oktober 1862 angewiesen habe, das budgetlose Regime in seinem und nicht des Königs Namen zu erklären, was Bismarck am 13. Oktober getan habe (S. 529). Markert gibt das Kronratsprotokoll nicht nur falsch wieder – es ging gar nicht um die Ausrufung des budgetlosen Regimes und Bismarck wurde instruiert, eine Erklärung in seinem, aber nicht im Namen der Regierung abzugeben –, sondern er verknüpft diese Anweisung trotz der hilfreichen Erläuterung des Editors Rainer Paetau auch mit der falschen Rede. Tatsächlich handelte Bismarck nämlich gegen die königliche Instruktion, indem er am 7. Oktober im Parlament ausdrücklich die Erklärung „nicht im eigenen Namen allein, sondern in dem des Staats-Ministeriums“ vortrug.¹⁰ Der Vorgang steht Markerts Aussage also diametral entgegen.

Bei den genannten Monita fallen andere kaum ins Gewicht: Fehler bei Namensnennungen in Text und Fußnoten („Friedrich Hamacher“; „Karl Ringhofer“, „Klaus Hildebrandt“), bei politischen Zuordnungen (S. 505, 667), den Lesefluss störende und eigenartige Schreibweisen wie „ohne-wenn-und-aber“ (u.a.

⁸ Vgl. Andreas Kaernbach: Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Göttingen 1991, S. 9, 158–160.

⁹ GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, NI Karl Ludwig Zitelmann, Nr. 2, Bl. 15.

¹⁰ Vgl. Rainer Paetau (Bearb.): Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 5. Hildesheim 2001, Nr. 258; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 7. Legislaturperiode, 1. Session. Bd. 4. Berlin 1862, S. 2127 (Zitat).

S. 362, 455, 580), falsche Substantivierungen (u.a. S. 152, 175, 528, 651), semantische Fehler in Hauptaussagen wie „entgegenarbeiten“ statt „zuarbeiten“ (u.a. S. 238, 396, 422, 638, 719) und nicht endende Zitate (u.a. S. 67, 217, 377, 656). Als zumindest gewöhnungsbedürftig, wenn nicht einer wissenschaftlichen Arbeit unangemessen, dürften wohl einige die ständig eingeschobenen englischen Formulierungen empfinden: u.a. „When in doubt, always blame Augusta“ (S. 509), „sales pitch“ (S. 524), „was the rule of the game“ (S. 392), „street-level-Lackmustest“ (S. 192), „almost-Herrscher“ (S. 380, 382), „almost-Parlament“ (S. 560). Ärgerlich ist zudem, dass Historiker im Personenregister nur gelegentlich und die relevanten Textstellen auch nicht vollständig erfasst sind.

Den Anspruch der vorbildlichen kritischen und gewissenhaften – vor allem archivalischen – Quellenarbeit und der hohen wissenschaftlichen Standards in selbstgewählter Abgrenzung zu seinen Vorgängern auf dem Gebiet der preußischen und deutschen Geschichte kann Markert nicht einlösen. Dabei sind Gründlichkeit und Nachvollziehbarkeit essenziell für die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft allgemein und der einzelnen Forscherinnen und Forscher im Besonderen. Empfohlen ist die Lektüre allen, die die beispielhaft aufgeführten Beanstandungen an Markerts Buch nicht stören oder mit ihnen umzugehen wissen und mit der oft beißenden Polemik und der Effekthascherei zurechtkommen. Die leicht zugänglichen Hauptthesen machen das Buch gut lesbar, die schiere Menge an monotonen Wilhelm-Zitaten wiederum oftmals langatmig. Wertvoll für die Forschung sind die Querbezüge zu den anderen europäischen Monarchien. Wer allerdings hofft, nach mehreren Aufsatzpublikationen Markerts, in denen er die zentralen Inhalte des Buchs zum Großteil fast wortgetreu bereits vorab veröffentlichte, nun einen unvoreingenommenen und ausgewogenen Umgang mit den Quellen sowie eine eingehende Beschäftigung mit den Argumenten der Forschung statt pauschaler Zurückweisung zu erhalten, wird auch von den 768 Seiten nicht überzeugt werden. Es erschließt sich dem Rezensenten nicht, wieso bei der Publikation einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit in einer angesehenen wissenschaftlichen Reihe mit dem Ziel einer Revision bisheriger Deutungen einer laut Autor fast durch und durch „bismarckgläubigen“ Zunft ausgerechnet am wissenschaftlichen Apparat und der soliden Auseinandersetzung mit der Forschung gespart wurde.

Petersberg

Robin Simonow



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net